

Globalbudget "Staatsanwaltschaft" für die Jahre 2022 bis 2024

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates
an den Kantonsrat von Solothurn
vom 30. August 2021, RRB Nr. 2021/1297

Zuständiges Departement

Bau- und Justizdepartement

Vorberatende Kommissionen

Justizkommission
Finanzkommission

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	3
1. Einleitende Bemerkungen.....	5
2. Bezug zu den Planungsgrundlagen des Regierungsrates.....	6
3. Leistungsauftrag und Saldovorgabe	6
3.1 Leistungserbringer	6
3.2 Produktegruppe.....	6
3.2.1 Produktegruppe 1: Strafverfolgung gegen Erwachsene	6
3.3 Saldovorgabe und Verpflichtungskredit.....	7
3.4 Personal	8
3.5 Veränderungen von Leistungen und Finanzen zur laufenden Globalbudgetperiode	8
3.5.1 Veränderungen im Leistungsauftrag	8
3.5.2 Laufende Globalbudgetperiode	8
3.5.3 Neue Globalbudgetperiode	9
4. Finanzströme und Investitionen ausserhalb Globalbudget.....	10
5. Rechtliches.....	10
6. Antrag.....	10
7. Beschlussesentwurf	11

Kurzfassung

Die Staatsanwaltschaft ist für die Verfolgung und Beurteilung von Straftaten erwachsener Personen zuständig. Sie trägt mit einer effizienten und qualitativ hochwertigen Bearbeitung ihrer Geschäfte zur Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs und damit zur Prävention im strafrechtlichen Bereich bei. Sie fördert dadurch - zusammen mit den anderen Justizbehörden - das Gemeinwohl.

Gegenstand der Vorlage ist der gesetzliche Leistungsauftrag und die Bewilligung eines Verpflichtungskredits für die Strafverfolgung gegen Erwachsene. Mit dem Beschlussesentwurf wird das Globalbudget "Staatsanwaltschaft" für die Jahre 2022 bis 2024 zur Genehmigung unterbreitet. Die nachfolgende Aufstellung gibt einen Überblick über die Produktgruppe, das entsprechende Produktegruppenziel und den erforderlichen Verpflichtungskredit.

Die Struktur des Globalbudgets und insbesondere die Ausscheidung von Finanzgrössen erfahren keine Änderungen. Das neue Globalbudget basiert grundsätzlich auf dem Globalbudget "Staatsanwaltschaft" für die Jahre 2019 bis 2021 und auf dem mit Beschluss des Kantonsrats vom 4. September 2019 (SGB 099/2019) bewilligten zurückhaltenden Personalaufbau. Dieser wurde nötig, um der Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen (z.B. zunehmende Formalisierung, Schaffung neuer Straftatbestände, generelle Verschärfung der Strafzumessung, Umsetzung des neuen Landesverweisungsrechtes) und einer stetigen Steigerung der Geschäftseingänge bei den komplexeren Verfahren Rechnung zu tragen.

Die bereits anspruchsvoll definierten Leistungsziele werden insofern noch verschärft, als während dieser drei Jahre ein Pendenzenabbau angestrebt wird.

- a) Globalbudget: "Staatsanwaltschaft"
 - 1. Produktgruppe 1: Strafverfolgung gegen Erwachsene
 - 1.1. Effiziente und effektive Strafverfolgung
 - 1.2. Angemessene Verfahrensdauer

b) Verpflichtungskredit 2022 bis 2024

21'452'000 Franken

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachfolgend Botschaft und Entwurf zum Globalbudget "Staatsanwaltschaft" für die Jahre 2022 bis 2024.

1. Einleitende Bemerkungen

Die Staatsanwaltschaft ist im Rahmen ihres Kompetenzbereiches für die Verfolgung und Beurteilung von Straftaten erwachsener Personen zuständig. Sie trägt mit der effizienten und qualitativ hochstehenden Bearbeitung ihrer Geschäfte zur Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs und damit zur Prävention im strafrechtlichen Bereich bei. Zudem obliegen der Staatsanwaltschaft weitere Aufgaben etwa im Rahmen der interkantonalen sowie internationalen Strafverfolgungszusammenarbeit. Zusammen mit den anderen Justizbehörden und der Polizei fördert sie die öffentliche Sicherheit, indem sie die Rechtssicherheit gewährleistet und den Rechtsfrieden sichert.

Da die Staatsanwaltschaft nur über sehr begrenzte Steuerungsmöglichkeiten verfügt, ist die Planungssicherheit in ihrem Bereich sehr beschränkt. Als Strafverfolgungsbehörde hängt ihre Belastung von verschiedensten Faktoren ab:

- Ihre Prozesse richten sich nach dem engmaschigen Bundesrecht. Die Schweizerische Strafprozessordnung (StPO; SR 312.0) regelt das Strafverfahren gegen Erwachsene eingehend und in allen Einzelheiten. Wo trotzdem ein gewisser Ermessensspielraum besteht, untersteht die Staatsanwaltschaft einer engen Kontrolle durch die Verfahrensbeteiligten: Beschuldigte und Privatklägerschaften können alle ihre Handlungen und Unterlassungen mit Beschwerde beim Obergericht anfechten. Einzelne Verfahrensschritte muss die Staatsanwaltschaft beim Haftgericht beantragen (etwa die Anordnung von Untersuchungshaft) oder dort genehmigen lassen (etwa geheime Überwachungsmaßnahmen).
- Trotz dieser engen Rahmenbedingungen schafft es die Staatsanwaltschaft, Schwerpunkte zu setzen. Sie setzt ihre Ressourcen nach Kräften in jenen Bereichen ein, die für die Sicherheit und das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger von zentraler Bedeutung sind. Den gesetzlichen Auftrag, zur Wahrheitsfindung alle geeigneten und rechtlich zulässigen Beweismittel einzusetzen, setzt sie bei der Aufklärung von Kapitaldelikten besonders konsequent um und geht hier ganz bewusst nicht den Weg des geringsten Widerstandes. Und schliesslich bekämpft die Staatsanwaltschaft Solothurn - natürlich immer gemeinsam mit der Kantonspolizei - die Bandenkriminalität gezielt, namentlich in den Bereichen Menschenhandel im Rotlichtmilieu und Betäubungsmitteldelinquenz.
- Die Geschäftszahlen der Staatsanwaltschaft hängen im Wesentlichen von der Kriminalitätsslage und vom Einsatz der Polizeikräfte ab und sind erheblichen Schwankungen unterworfen. Hier bestehen wesentliche Einschränkungen der Planungssicherheit.
- Dazu kommen Unwägbarkeiten bezüglich des Schwierigkeitsgrades der einzelnen Fälle. Es gibt Fälle, die alleine mehr Aufwand generieren als mehrere tausend kleine Verfahren zusammen. Wir wissen jedoch beispielsweise nicht, wie viele und wie komplexe Tötungsdelikte sich ereignen werden oder wie viele Verfahren wegen Menschenhandel angehoben werden müssen. Und im Bereich der Wirtschaftskriminalität besteht sogar das Potential, dass ein einziger sehr komplexer Fall einen ganzen Bereich der Staatsanwaltschaft über längere Zeit absorbieren könnte.

Ganz allgemein steht die Staatsanwaltschaft vor der grossen Herausforderung, die hohen Geschäftseingänge zeitgerecht und in der nötigen Qualität zu erledigen. Die wachsende Normendichte im materiellen und formellen Strafrecht, die immer schwieriger zu überblickende Rechtsprechung, ständig wechselnde Rahmenbedingungen und eine wachsende Anspruchshaltung der Verfahrensbeteiligten ergeben in Verbindung mit der besonderen öffentlichen Beobachtung, unter welcher die Arbeit der Staatsanwaltschaft steht, ein äusserst schwieriges Umfeld.

2. Bezug zu den Planungsgrundlagen des Regierungsrates

Legislaturplan 2017 - 2021		Enthalten in Produktgruppen				
Nr.	Handlungsziel	1	2	3	4	5
B.3.3	Öffentliche Sicherheit gewährleisten	X				

Da die Staatsanwaltschaft als Schnittstelle zwischen Polizei und Justiz lediglich gesetzliche Aufträge zu erfüllen hat und kein politischer Gestaltungsspielraum besteht, ist sie im Legislaturplan des Regierungsrats nicht speziell erwähnt.

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2022 - 2025		Enthalten in Produktgruppen				
Nr.	Massnahme	1	2	3	4	5
	keine					

3. Leistungsauftrag und Saldovorgabe

3.1 Leistungserbringer

Name Produktgruppe	Leistungserbringende Dienststelle
1. Strafverfolgung gegen Erwachsene	Staatsanwaltschaft

Wie erwähnt hat die Staatsanwaltschaft einen gesetzlich definierten Leistungsauftrag zu erbringen, nämlich die Strafverfolgung gegen Erwachsene. Erbracht wird diese von der ganzen Staatsanwaltschaft.

3.2 Produktgruppe

3.2.1 Produktgruppe 1: Strafverfolgung gegen Erwachsene

Die Produktgruppe umfasst das gesamte operative Geschäft der Staatsanwaltschaft mit dem Schwerpunkt der Durchführung und des Abschlusses von Strafuntersuchungen sowie der Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs vor den Gerichten des Kantons und des Bundes.

Produkte: Massengeschäft im Fachbereich Geschäftskontrolle und Ordnungsbussen (GOB), Strafverfolgung durch Untersuchungsbeamtinnen und -beamte, Strafverfolgung durch Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, Anklagevertretung, übriges operatives Geschäft: insbesondere Rechtshilfe, Behandlung aussergewöhnlicher Todesfälle und Ereignisse, nachträgliche richterliche Verfügungen.

XXX	Ziele	Indikatoren	Standard	Ist19	Ist20	Soll21	Soll22	Soll23	Soll24
11	Effiziente und effektive Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs								
111	Erledigungsquotient Massengeschäft im Fachbereich Geschäftskontrolle und Ordnungsbussen	(>) Verhältnis		0.99	0.99	1.00	1.00	1.00	1.00
112	Erledigungsquotient Strafverfolgung durch Untersuchungsbeamtinnen und -beamte	(>) Verhältnis		1.08	1.04	1.00	1.00	1.00	1.00
113	Erledigungsquotient Strafverfolgung durch Staatsanwältinnen und Staatsanwälte	(>) Verhältnis		0.98	1.01	1.00	1.01	1.01	1.01

12 Angemessene Verfahrensdauer

121	Dauer abgeschlossener Verfahren wegen Übertretungen 0-180 Tage	(>) %		97	99	98	98	98	98
122	Dauer abgeschlossener Verfahren wegen Übertretungen mehr als 365 Tage	(<) %		3	1	2	2	2	2
123	Dauer abgeschlossener Verfahren wegen Verbrechen und Vergehen 0-180 Tage	(>) %		78	79	80	80	80	80
124	Dauer abgeschlossener Verfahren wegen Verbrechen und Vergehen mehr als 365 Tage	(<) %		10	11	9	9	9	9
125	Alter der hängigen Geschäfte (ohne sistierte Fälle) 0-12 Monate	(>) %		78	80	78	78	78	78
126	Alter der hängigen Geschäfte (ohne sistierte Fälle) mehr als 30 Monate	(<) %		7	8	6	6	6	6

Statistische Messgrößen		Einheit	Ist19	Ist20	Plan21	Plan22	Plan23	Plan24
1.	Geschäftseingänge pro Berichtsjahr (Beschuldigte)	Anzahl	30'057	32'269	35'000	33'000	33'000	33'000
1.1.	davon Übertretungen (Beschuldigte)	Anzahl	22'631	24'730	28'000	25'000	25'000	25'000
1.2.	davon Vergehen und Verbrechen (Beschuldigte)	Anzahl	6'736	6'806	6'200	6'800	6'800	6'800
2.	Geschäftserledigungen pro Berichtsjahr (Beschuldigte)	Anzahl	30'165	32'406	35'000	33'000	33'000	33'000
2.1.	davon Übertretungen (Beschuldigte)	Anzahl	22'846	24'784	28'000	25'000	25'000	25'000
2.2.	davon Vergehen und Verbrechen (Beschuldigte)	Anzahl	6'582	6'902	6'200	6'900	6'900	6'900
3.	Pendente Geschäfte Ende Berichtsjahr (Beschuldigte)	Anzahl	5'223	5'086	4'800	4'800	4'700	4'600
3.1.	davon Übertretungen (Beschuldigte)	Anzahl	1'340	1'286	1'500	1'300	1'300	1'300
3.2.	davon Vergehen und Verbrechen (Beschuldigte)	Anzahl	3'506	3'410	3'100	3'300	3'200	3'100
4.	Einsprachen und Beschwerden gegen Entscheide der Staatsanwaltschaft	Prozent	4	5	5	5	5	5
5.	Überweisungen an Gerichte (ohne Einsprache)	Anzahl	184	233	220	220	220	220
6.	Haftanträge (Beschuldigte)	Anzahl	233	242	240	240	240	240

Produktgruppenergebnis	Einheit	RE19	RE20	VA21	Vergangene GB-Periode	Plan22	Plan23	Plan24	Aktuelle GB-Periode
Kosten	TCHF	14'027	15'144	16'971	46'141	16'574	16'682	16'777	50'033
Erlös	TCHF	-5'219	-5'607	-5'300	-16'126	-5'400	-5'400	-5'400	-16'200
Saldo	TCHF	8'807	9'537	11'671	30'015	11'174	11'282	11'377	33'833

Bemerkung: Die Kostensteigerung ist hauptsächlich Konsequenz der mit Kantonsratsbeschluss (KRB) Nr. SGB 0099/2019 vom 4. September 2019 beschlossenen Ressourcenerhöhung (vgl. Kapitel 3.5).

3.3 Saldovorgabe und Verpflichtungskredit

Saldovorgabe

	Einheit	RE19	RE20	VA21	Vergangene GB-Periode	VA22	Plan23	Plan24	Aktuelle GB-Periode
Aufwand	TCHF	10'631	11'406	12'539	34'577	12'443	12'557	12'652	37'652
Ertrag	TCHF	-5'219	-5'607	-5'300	-16'126	-5'400	-5'400	-5'400	-16'200
Globalbudgetsaldo	TCHF	5'412	5'799	7'239	18'451	7'043	7'157	7'252	21'452
Saldo der internen Verrechnungen	TCHF	3'395	3'738	4'431	11'564	4'131	4'125	4'125	12'381
Produktgruppenergebnis Total									
Kosten	TCHF	14'027	15'144	16'971	46'141	16'574	16'682	16'777	50'033
Erlös	TCHF	-5'219	-5'607	-5'300	-16'126	-5'400	-5'400	-5'400	-16'200
Saldo	TCHF	8'807	9'537	11'671	30'015	11'174	11'282	11'377	33'833
1 Strafverfolgung gegen Erwachsene									
Kosten	TCHF	14'027	15'144	16'971	46'141	16'574	16'682	16'777	50'033
Erlös	TCHF	-5'219	-5'607	-5'300	-16'126	-5'400	-5'400	-5'400	-16'200
Saldo	TCHF	8'807	9'537	11'671	30'015	11'174	11'282	11'377	33'833

Verpflichtungskredit

		Schweizer Franken	2022	2023	2024	Total
Globalbudget	Verpflichtungskredit		7'043'000	7'157'000	7'252'000	21'452'000
	Zusatzkredit					
	Total		7'043'000	7'157'000	7'252'000	21'452'000

3.4 Personal

Anzahl Pensen / Stellenprozente	Stand per 31. Dez.				Vergangene GB-Periode	Plan22	Plan23	Plan24	Aktuelle GB-Periode
		IST19	IST20	Plan21					
Pensen Mitarbeitende		67.8	72.6	72.6	213.0	75.1	75.1	75.1	225.3
Anzahl Mitarbeitende		80	85	85	250	88	88	88	264
Anzahl Lernende		0	0	0	0	0	0	0	0

Bemerkung: Die Notwendigkeit der Erhöhung des Stellenetats von 72.6 auf 75.1 ist in Kapitel 3.5 ausführlich begründet.

3.5 Veränderungen von Leistungen und Finanzen zur laufenden Globalbudgetperiode

3.5.1 Veränderungen im Leistungsauftrag

Der Leistungsauftrag der Staatsanwaltschaft bleibt grundsätzlich gleich wie in der Vorperiode. Auch die Indikatoren, an welchen die Zielerreichung gemessen wird, werden nicht verändert. Die bereits anspruchsvoll definierten Leistungsziele (Erledigungsquotient / Angemessene Verfahrensdauer) werden weitgehend gleichbelassen und in einem Punkt verschärft: Es wird angestrebt, die Pendenzen der Kategorie Verbrechen und Vergehen jährlich um 100 Verfahren zu reduzieren. Zudem werden die Planwerte bei den statistischen Messgrössen an die veränderten Verhältnisse angepasst.

Die Ressourcen der Staatsanwaltschaft wurden mit Beschluss des Kantonsrats vom 4. September 2019 (KRB Nr. SGB 0099/2019) um rund 18 Prozent erhöht. Dieser Beschluss stützt sich namentlich auf eine externe Expertise, welche zum Schluss kam, dass in den vergangenen Jahren die Belastung der Staatsanwaltschaft bereits um rund 30 Prozent gewachsen ist und die postulierte, dass die Staatsanwaltschaft in verschiedenen Bereichen (Steigerung der Einvernahmefähigkeit, Cybercrime, Vermögensabschöpfung) zusätzliche Mehrleistungen erbringen müsse. Weiter wurde zu den besagten Aspekten die Durchführung eines Projektes zur Optimierung der Schnittstellen zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft angeregt. Vom Ausgang dieses Projekts wurde abhängig gemacht, ob der Stellenetat der Staatsanwaltschaft um zwei weitere Stellen für Untersuchungsbeamtinnen und Untersuchungsbeamte erhöht werden soll. Der erwähnte Kantonsratsbeschluss wurde im Verlauf des Jahres 2020 umgesetzt. Vergrössert wurde im Wesentlichen die Abteilung Wirtschaftsdelikte und Organisierte Kriminalität (WOK), in welcher namentlich zwei neue Kompetenzzentren gegründet wurden. Das CCCC (Competence Center Cybercrime) hat den Auftrag, cyberspezifisches Knowhow weiterzuentwickeln und intern zu verbreiten und die inner- und interkantonale Koordination sicherzustellen. Dem CC-Einziehung (Competence Center Vermögensabschöpfung) obliegt es, auf unterschiedliche Art und Weise den strafprozessualen Zugriff auf deliktische Erlöse zu fördern und damit nach Möglichkeit sicherzustellen, dass sich Verbrechen nicht lohnt.

3.5.2 Laufende Globalbudgetperiode

In Mio. CHF

Verpflichtungskredit GB-Periode 2019 bis 2021		
Genehmigter Verpflichtungskredit gemäss KRB Nr. SGB 0092/2018 vom 11. Dezember 2018	17.2	19.7
plus Zusatzkredit KRB Nr. SGB 0099/2019 vom 4. September 2019	2.5	
Voraussichtliches Ergebnis des Verpflichtungskredits (RE19 + RE20 + VA21)		18.5
Zu begründende Differenz		-1.2

Begründung	Detail	Total
Total Personalaufwand		-1.0
- Minderaufwand: Schrittweise Umsetzung Ressourcenerhöhung (KRB Nr. SGB 0099/2019 vom 4. September 2019)	-1.0	
Total Sachaufwand		0.0
Total Erträge		-0.2
- Mehreinnahmen: Gebühren für Amtshandlungen	-0.2	
Total		-1.2

3.5.3 Neue Globalbudgetperiode

In Mio. CHF

Vergleich der laufenden und zukünftigen GB-Periode

Voraussichtliches Ergebnis des Verpflichtungskredits 2019 bis 2021 (RE19 + RE20 + VA21)	18.5
Beantragter Verpflichtungskredit 2022 bis 2024	21.5
Zu begründende Differenz	3.0

Begründung	Detail	Total
Total Personalaufwand		2.9
- Personalaufbau gem. KRB Nr. SGB 0099/2019 vom 4. September 2019 sowie zusätzlich 2,5 Stellen ab 2022	+2.5	
- Anstieg Erfahrungsstufen und Dienstaltersgeschenke	+0.4	
Total Sachaufwand		0.1
- Diverse Sachaufwandpositionen	+0.1	
Total Erträge		0.0
Total		3.0

Die Erhöhung des Personalaufwandes resultiert im Wesentlichen aus der in den Jahren 2018 und 2019 erfolgten Überprüfung der Ressourcensituation, mit welcher auf die chronische Überlastung der Staatsanwaltschaft reagiert werden musste. Soweit der externe Experte in seinem Bericht vom 14. November 2018 unbedingte Empfehlungen abgab, erfolgte die Überprüfung und Bewilligung des notwendigen Personalaufbaus mit KRB Nr. SGB 0099/2019 vom 4. September 2019. Nicht Gegenstand dieses Beschlusses waren zwei Stellen für Untersuchungsbeamtinnen und Untersuchungsbeamte, für welche der Experte empfohlen hatte, erst nach Abschluss des Schnittstellenprojekts mit der Polizei eine vertiefte Notwendigkeitsprüfung vorzunehmen (vgl. S. 11 des Berichts Dr. Brunner vom 14. November 2018). Dieses Projekt ist zwar noch nicht ganz abgeschlossen, hingegen ist es soweit fortgeschritten, dass es für die Staatsanwaltschaft bereits absehbar ist, dass auf diese Stellen nicht verzichtet werden kann. Es ist auch darauf hinzuweisen, dass die Expertise auf den Fallzahlen der Kategorie Verbrechen und Vergehen bis und mit 2017 basiert und diese Zahlen seither stetig weiter gestiegen sind (2016: 5'801 / 2017: 6'135 / 2018: 6'443 / 2019: 6'736 / 2020: 6'806). Diese Steigerung erfolgte hauptsächlich in Verfahrenskategorien, deren Bearbeitung weitgehend an Untersuchungsbeamtinnen und Untersuchungsbeamte delegiert werden muss, damit die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte über die für die Bearbeitung von komplexeren Verfahren notwendige Zeit verfügen.

Im Umfang von weiteren 50 Prozent geht es zudem um eine Kanzleistelle, welche lediglich vorübergehend nötig ist, um das für das Arbeiten mit digitalisierten Akten notwendige Scanning sicherzustellen. Dieser Aufwand ist nicht nur für die Ermöglichung von Homeoffice wichtig, sondern auch für die Vorbereitung der Mitarbeiter auf die anstehende Digitalisierung (vgl.

www.justitia40.ch) von grosser Bedeutung. Leider steht diesem Mehraufwand zurzeit keine Ersparnis gegenüber, denn durch das Scanning können im Umgang mit den nach wie vor rechtlich relevanten Papierakten keine Arbeitsschritte eingespart werden.

Ein weiterer Anstieg der Lohnkosten ergibt sich schliesslich durch den Erfahrungsanstieg der jungen Teams. Die Gebühreneinnahmen (einziger Einnahmeposten des Globalbudgets) sind primär von den Fallzahlen des Massengeschäfts abhängig und es kann davon ausgegangen werden, dass auch diese etwas ansteigen.

4. Finanzströme und Investitionen ausserhalb Globalbudget

	Tausend Schweizer Franken	RE19	RE20	VA21	Plan22	Plan23	Plan24
Finanzgrössen ausserhalb Globalbudget							
STAWA Finanzgrössen		-2'978	-3'152	-3'136	-2'936	-2'936	-2'936

Die Finanzströme bestehen aus Ausgaben, die weitgehend unbeeinflussbar sind (z. B. Anwalts-honorare und Abschreibungen mit weiterhin steigender Tendenz) und aus Einnahmen, die ganz bewusst nicht finanzpolitisch gesteuert werden sollen (Bussen, Geldstrafen). Sie wurden gestützt auf die jüngsten Erfahrungswerte und die veränderten Rahmenbedingungen einer Neubeurteilung unterzogen, welche ergab, dass die Kostensteigerungen durch die Mehreinnahmen wohl nicht vollständig aufgefangen werden können.

5. Rechtliches

Der nachfolgende Beschluss untersteht als gebundene Ausgabe (Verpflichtungskredit) nicht dem fakultativen Referendum nach Artikel 36 der Verfassung des Kantons Solothurn vom 8. Juni 1986 (KV; BGS 111.1) (Art. 37 Abs. 1 Buchst. c KV).

6. Antrag

Wir bitten Sie, auf die Vorlage einzutreten und dem nachfolgenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Im Namen des Regierungsrates

Susanne Schaffner
Frau Landammann

Andreas Eng
Staatsschreiber

7. **Beschlussesentwurf**

Globalbudget "Staatsanwaltschaft" für die Jahre 2022 bis 2024

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 2 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986¹⁾, § 19 Absatz 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G)²⁾, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 30. August 2021 (RRB Nr. 2021/1297), beschliesst:

1. Für das Globalbudget "Staatsanwaltschaft" werden für die Jahre 2022 bis 2024 folgende Produktegruppen und Ziele festgelegt:
 - 1.1 Produktegruppe 1: Strafverfolgung gegen Erwachsene
 - 1.1.1 Effiziente und effektive Strafverfolgung
 - 1.1.2 Angemessene Verfahrensdauer.
2. Für das Globalbudget "Staatsanwaltschaft" wird als Saldovorgabe für die Jahre 2022 bis 2024 ein Verpflichtungskredit von 21'452'000 Franken beschlossen.
3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget "Staatsanwaltschaft" wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (GAV)³⁾ angepasst.
4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Im Namen des Kantonsrates

Präsident

Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

Verteiler KRB

Bau- und Justizdepartement (2)
Departementscontroller
Staatsanwaltschaft
Finanzdepartement
Amt für Finanzen
Kantonale Finanzkontrolle
Parlamentscontroller
Parlamentsdienste

¹⁾ BGS 111.1.

²⁾ BGS 115.1.

³⁾ BGS 126.3.